



Beteiligungsstrategie 2022, Entwurf Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung

1.	<p>Antragsteller/in PFK <u>Antrag:</u> Rückweisung</p> <p><u>Auftrag an den Regierungsrat:</u> In der Beteiligungsstrategie ist einleitend an geeigneter Stelle darauf hinzuweisen, dass die AKK dem Regierungsrat gestützt auf ein von ihr in Auftrag gegebenes Gutachten Empfehlungen zur Weiterentwicklung der kantonalen Public Corporate Governance abgegeben hat. Die relevanten Empfehlungen sind vom Regierungsrat gründlich zu prüfen bzw. umzusetzen. Der konkrete Umgang mit den Empfehlungen der AKK ist in der Beteiligungsstrategie für die Organisationen mit Risikoeinteilung A und B abzubilden.</p>
2.	<p>Antragsteller/in PFK Seite 8 ff. / 2.3 Grundsätze für die Einsitznahme in Gremien</p> <p><u>Bemerkung:</u> Bei jeder Einsitznahme von Exekutivmitgliedern oder Verwaltungsmitarbeitenden des Kantons in Entscheidungsorganen der Beteiligungen oder ihrer Tochtergesellschaften muss eine Mandatsvereinbarung abgeschlossen werden.</p>
3.	<p>Antragsteller/in PFK Seite 9 ff. / 2.4 Kantonale Beteiligungspolitik</p> <p><u>Bemerkung:</u> Der Regierungsrat stellt eine angemessene Vertretung beider Geschlechter auf VR-Ebene mit mind. 30 % und GL-Ebene mit mind. 20 % sicher. Dies gilt für Mehrheitsbeteiligungen (privaten und öffentlichen Rechts sowie Stiftungen) wie auch für Minderheitsbeteiligungen, bei denen der Regierungsrat die Zusammensetzung der Leitungsorgane massgeblich bestimmt. Eingeschlossen sind ebenso Tochtergesellschaften der entsprechenden Beteiligungen. Wo dies nicht erreicht werden kann, müssen die Abweichung kommentiert und Massnahmen zur Zielerreichung aufgezeigt werden.</p>

4.	<p>Antragsteller/in PFK Seite 10 / 2.4 Kantonale Beteiligungspolitik</p> <p><u>Bemerkung:</u> Die Unternehmen (Tabelle 2) welche einen Klimabericht erstellen müssen, veröffentlichen diesen bereits 2023.</p>
5.	<p>Antragsteller/in PFK Seite 16 ff. / 3.1. Organisationen des öffentlichen Rechts Seite 42 ff. / 3.2 Organisationen des privaten Rechts</p> <p><u>Bemerkung:</u> Der Regierungsrat formuliert anlässlich der Aktualisierung der Eignerstrategien der Beteiligung an Organisationen des öffentlichen und des privaten Rechts einheitliche Forderungen bei vergleichbaren Unternehmen mit vergleichbarer Ausgangslage bezüglich: a) Ausbildung von Lernenden/Ausbildungsplätze sowie Qualitätskriterien für die Ausbildung.</p>
6.	<p>Antragsteller/in PFK Seite 16 ff. / 3.1. Organisationen des öffentlichen Rechts Seite 42 ff. / 3.2 Organisationen des privaten Rechts</p> <p><u>Bemerkung:</u> Der Regierungsrat formuliert anlässlich der Aktualisierung der Eignerstrategien der Beteiligung an Organisationen des öffentlichen und des privaten Rechts einheitliche Forderungen bei vergleichbaren Unternehmen mit vergleichbarer Ausgangslage bezüglich: a) Fortschrittlicher, sozial verantwortlichen, transparenter und ethischen Grundsätzen verpflichtete Personalpolitik, die auch die Gleichstellung und die Chancengleichheit sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicherstellt.</p>